Der Ortsverein/Unterbezirk/Bezirk möge beschließen:

Adressat: Parteivorstand

# Gemeinsam für Umverteilung

Wir wollen durch gerechte Einkommensteuer, die Streichung der Privilegien für Superreiche und die wirksame Bekämpfung von Steuerhinterziehung die Einnahmen des Staates verbessern. Wir wollen die Schuldenbremse streichen.

#### Einkommenssteuer

Wir wollen: die unterste Tarifzone, durch die geringe und mittlere Einkommen belastet werden, abschaffen. Den Grundfreibetrag muss auf 11.000 Euro erhöht werden. Beginnend bei 11.000 Euro mit einem Steuersatz von 22 Prozent wird der Spitzensteuersatz von 49 Prozent bei 70.000 Euro erhoben. Die Reichensteuer von 3 Prozent wird ab 125.000 Euro erhoben.

Wir wollen das Ehegattensplitting abschaffen.

#### Abgeltungssteuer

Die Abgeltungssteuer, also die Besteuerung von Kapitalerträgen und Zinseinkünften, wollen wir wie Arbeitseinkommen besteuern. Damit entfällt die Vorzugbehandlung. Sämtliche Kapitaleinkünfte sind wieder im Rahmen der jährlichen Steuererklärung zu deklarieren. Eine steuerfreie Mitnahme von Kursgewinnen aus Wertpapieren soll nicht möglich sein.

#### Unternehmensbesteuerung und Digitalsteuer

Wir wollen den Gesamtanteil am Steuereinkommen durch die Körperschaftssteuer erhöhen und daher den Körperschaftssteuersatz wieder auf 25 % anheben.

Unternehmen müssen wieder stärker an der Finanzierung der Infrastruktur und Dienstleistungen beteiligt werden.

Für die Hightech-Giganten wie Alphabet (Google), Amazon, Facebook oder Tesla müsste es eine klare Steuerregelung geben. Dazu hat die Europäische Kommission 2018 wichtige Vorschläge formuliert:

* Die Einführung einer Körperschaftsbesteuerung nach digitaler Präsenz.
* Die Einführung einer Übergangssteuer für
  + - „Erträge aus dem Verkauf von Online-Werbeflächen,
    - Erträge aus digitalen Vermittlungsgeschäften, die Nutzern erlauben, mit anderen Nutzern zu interagieren und die den Verkauf von Gegenständen und Dienstleistungen zwischen ihnen ermöglichen,
    - Erträge aus dem Verkauf von Daten, die aus Nutzerinformationen generiert werden.” (EK 2018)

#### Vermögensteuer und Erbschaftsteuer

Wir wollen eine Vermögens- und Erbschaftssteuer, deren Bemessungsgrundlage bei natürlichen und juristischen Personen das Nettogesamtvermögen, das präzise definiert wird, ist.

Ab einem Nettogesamtvermögen von einer Millionen Euro wollen wir 1 Prozent erheben, ab 20 Millionen Euro 1,5 Prozent, ab 100 Millionen 1,75 Prozent und ab 1 Milliarde Nettogesamtvermögen wollen wir 2 Prozent erheben. Bei Zusammenveranlagung bei Ehegatten oder Lebenspartnerschaften verdoppelt sich der Freibetrag. Damit wollen wir Superreiche stärker in die Pflicht nehmen. Nach DGB-Berechnungen würden dies mindestens 25 Milliarden an Steuermehreinnahmen bedeuten.

Wir wollen die Bevorzugung und die weit reichenden Möglichkeiten, große Erbschaften einer angemessenen Besteuerung zu entziehen, abschaffen.

Auch Auslandsvermögen sollen steuerpflichtig sein, soweit sie nicht durch Doppelbesteuerungsabkommen freigestellt sind.

Durch die Einführung einer Meldepflicht der Banken über Wert und Umfang der in ihrem Gewahrsam befindlichen Vermögensgegenstände wollen wir den Steuervollzug sicherstellen.

#### Finanztransaktionssteuer

Während die EU-Kommission 0,01 Prozent erheben will, wollen wir den Steuersatz auf 0,1 Prozent festlegen.

#### Finanzmarktregulierung

Finanzprodukte, die keinen realwirtschaftlichen Nutzen haben, sollen verboten werden, die Beweispflicht soll bei den Finanzmarktakteuren liegen. Schattenbanken (Hedgefonds u.a.) sind zu verbieten. Sogenannte Credit Default Swaps sind zu verbieten, weil mit ihnen auf die Verschuldung von Staaten gewettet wird. Steuer- und Regulierungsoasen müssen ausgetrocknet werden. Selbstständig ablaufender Hochfrequenzhandel soll verboten werden.

Wir wollen die Banken wieder auf ihre Kernfunktion zu reduzieren. Wir benötigen [billige] Kredite für die Realwirtschaft sowie geschützte Einlagen. Dies kann nur über ein Bankensystem verwirklicht werden, in dem Stabilität Vertrauen erzeugt und in dem Kundengeschäft und Investmentbanking getrennt werden.

Eine drohende Privatisierung von Geld durch Kryptowährungen wird abgelehnt. Eine staatliche Kontrolle des international kommenden Kryptowährungssystems ist politisch anzustreben.

**Begründung**

Ein aktiver und handlungsfähiger Staat braucht Einnahmen. Diese werden bislang größtenteils über die Lohnsteuer und die Verbrauchssteuern durch Haushalte von abhängig Beschäftigten und von Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen geschultert. Zusätzlich hat sich der Staat durch die Schuldenbremse eine gesetzlich massive Ausgabenbeschränkung auferlegt. Diese wurde zwar jetzt in der einer „epidemischen Lage nationaler Tragweite“ ausgesetzt, soll aber wieder gelten, wenn diese Lage aufgehoben wird.

Gerechte Steuern und die Streichung der Schuldenbremse machen bedarfsgerechte Investitionen in gesellschaftliche Infrastrukturen möglich und unterstützen einen aktiven und handlungsfähigen Sozialstaat und wirken damit verteilungsgerecht. Die Schuldenbremse steht für einen schwachen Staat.

Der aktuelle Grundfreibetrag von 8.652 Euro ist zu niedrig und der Steueranteil, der Einkommen zwischen 8.652 Euro und 13.669 Euro ist zu hoch. Der Spitzensteuersatz von 42 Prozent wird bereits bei einem Einkommen von 54.000 gezahlt und die Reichensteuer mit zusätzlich 3 Prozent wird erst bei einem Einkommen von 250.000 gezahlt. Dieser Einkommensteuertarif belastet überproportional die unteren Einkommen und entlastet die Bezieher\*innen der obersten Einkommen.

Die Ungleichheit wächst. Sogar aus der Corona-Pandemie gehen Höchstvermögende noch reicher hervor. Die Zunahme der Vermögensungleichheit resultiert insbesondere auch daraus, dass Vermögen nicht besteuert werden und auch Erbschaften privilegiert sind. Dem Staat entgehen dadurch Milliarden an Steuereinnahmen.

Die Besonderheit der Hightech-Giganten wie Alphabet (Google), Amazon, Facebook oder Tesla ist nicht allein die Rationalisierung oftmals auf Kosten der Arbeitnehmer\*innen, vor allem der niedrig Qualifizierten. Es sind vielmehr ihre extrem hohen Investitionen in Innovationen. Statt hohe Renditen an Aktienbesitzer\*innen zu zahlen, haben sie eine extrem hohe Marktkapitalisierung und einen hohen Aktienwert. Ihr massives Druckmittel besteht in ihrer Standort- und Steuerpolitik. Sie entfliehen ihrer Steuerverantwortung durch den Druck auf nationale Regierungen und zahlen kaum Steuern an ihrem Standort.

Seit Jahren wird die Finanztransaktionssteuer, also die Besteuerung spekulativer Finanztransaktionen, gefordert, um diese einzudämmen und zusätzliche Steuereinnahmen zu erzielen. Denn während auf Güter des täglichen Bedarfs Umsatzsteuer zu zahlen ist, müssen seit Abschaffung der Börsenumsatzsteuer auf Finanzprodukte keine Steuern gezahlt werden.